

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr.PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Aufkaufen von Arztpraxen durch Investoren

Anfrage des Abgeordneten MUDr.PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 13.05.2024

Seit einigen Jahren ist die Thematik der Übernahme bzw. des Aufkaufens von Arztpraxen in Deutschland durch private Investoren bekannt. Der Berichterstattung der Tagesschau ist am 7. April 2022 zu entnehmen: „Finanzinvestoren haben in den vergangenen Jahren Hunderte Arztpraxen in Deutschland aufgekauft.“¹ Weiter heißt es, dass allein im Bereich der Augenheilkunde „inzwischen nach Recherchen des ARD-Magazins Panorama mehr als 500 Praxen internationalen Private-Equity-Gesellschaften“ gehören. Man habe es mit einem Wandel zu tun, der sich „nahezu unbemerkt“ vollziehe und zu dem es keine genauen Daten und Zahlen gebe.

Laut einem Bericht des Bayerischen Rundfunks (BR) beschaffen diese Private-Equity-Gesellschaften ihr Geld über Fonds, die wiederum den Anlegern hohe Renditen versprechen. „Mit dem so eingesammelten Geld kaufen sie Arztpraxen im ganzen Land und bauen diese zu konzernartigen Ketten aus. Ihr Ziel: ein gewinnbringender Weiterverkauf.“²

Finanzexperten warnen laut Tagesschau bereits davor, dass „die Versorgung von Patienten in Gefahr geraten“ könne, sollten die Investoren pleitegehen.³ Laut einer im Jahr 2022 veröffentlichten Studie sind die Folgen auch für die Versicherten spürbar. Arztpraxen, die im Besitz von Finanzinvestoren sind, rechnen dieser zufolge „systematisch höhere Preise für die Behandlung von Patienten“ ab. Durchgeführt wurde die genannte Studie durch das IGES Institut im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern (KVB).

Laut dem Vorstand der KVB bestehe die Gefahr, „dass sich das Gesundheitssystem nur noch an den Verdienstmöglichkeiten orientiere, wenn nicht bald etwas dagegen getan werde“. Weiter erklärt er: „Uns ist wichtig, dass erkannt wird, welche Entwicklung im Augenblick läuft, und dass es für die Zukunft begrenzt wird.“ Für Patienten sei es oftmals nicht leicht erkennbar, ob eine Arztpraxis im Besitz eines Investors sei. Ein „Transparenzregister“ gebe es bislang nicht.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach positionierte sich schon Ende des Jahres 2022 kritisch zu dem Phänomen und versprach, sich dagegen einzusetzen, „dass Investoren mit absoluter Profitgier Arztpraxen aufkaufen“. Im Zusammenhang mit den Private-Equity-Gesellschaften sprach Lauterbach laut Deutschlandfunk sogar von „Heuschrecken“, die man aus dem deutschen Gesundheitswesen heraushalten müsse⁴. Ein Gesetzentwurf zu diesem Thema wurde von ihm bereits Ende des Jahres 2022 angekündigt und sollte im ersten Quartal 2023 vorgelegt werden. Bis heute gibt es ein solches Gesetz nicht.

1. Wie bewertet die Landesregierung die o. g. zunehmende Übernahme von Arztpraxen durch private Investoren und Private-Equity-Gesellschaften?
2. Welche Gefahren sieht die Landesregierung in dieser Entwicklung, und wie gedenkt sie, diesen Gefahren zu begegnen?

¹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/investorengefuehrte-arztpraxen-101.html>

² <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/spekulationsobjekt-arztpraxis-wenn-investoren-mit-medizinischer-versorgung-geld-verdienen-wollen,Tv0H5yb>

³ <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/arztpraxen-private-investoren-100.html>

⁴ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/arztpraxen-investoren-gesundheit-medizin-100.html>

3. Gibt es in Niedersachsen nach Kenntnis der Landesregierung bereits konkrete Erkenntnisse oder Daten darüber, wie viele Arztpraxen von Investoren aufgekauft wurden und in welchen Fachgebieten dies vor allem geschieht?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Auswirkungen des Aufkaufs von Arztpraxen durch Finanzinvestoren auf die Versorgungssituation der Patienten zu untersuchen und gegebenenfalls zu stoppen?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Warnungen von Finanzexperten hinsichtlich der Gefährdung der Patientenversorgung im Falle einer Insolvenz der Investoren?
6. Gibt es in Niedersachsen bereits Initiativen oder Maßnahmen, um die Transparenz bezüglich der Eigentumsverhältnisse von Arztpraxen zu erhöhen und Patienten über mögliche Investoren zu informieren?
7. Plant die Landesregierung, ähnlich wie Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, Gesetzesentwürfe oder Regulierungen einzuführen, um ein Aufkaufen von Arztpraxen durch Finanzinvestoren einzudämmen?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über den angekündigten Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministers vor? Was sind nach Kenntnis der Landesregierung die Gründe dafür, dass bislang kein Gesetz verabschiedet wurde?
9. Wie beabsichtigt die Landesregierung sicherzustellen, dass die ärztliche Versorgung in Niedersachsen nicht zunehmend von den Profitinteressen der Investoren abhängig gemacht wird?
10. Welche Kontrollmechanismen oder Richtlinien gibt es in Niedersachsen, um sicherzustellen, dass Arztpraxen im Besitz von Finanzinvestoren die Qualität und Integrität der medizinischen Versorgung gewährleisten?
11. Inwiefern unterstützt die Landesregierung lokale Ärztenetzwerke oder Kooperationen, um unabhängige Praxen zu stärken und sie vor dem Aufkaufen durch Investoren zu schützen?
12. Wie reagiert die Landesregierung auf die Forderungen von Gesundheitsexperten, die vor einer rein profitorientierten Ausrichtung des Gesundheitssystems warnen und eine Begrenzung des Einflusses von Investoren fordern?
13. Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, wie die Ärztekammern und -verbände auf das Problem des Aufkaufs von Arztpraxen durch private Investoren blicken?

(Verteilt am 15.05.2024)